

tiert, die konservative Mehrheit im Supreme Court auf nicht absehbare Zeit zementieren und die Errungenschaften Obamas im Gesundheits-, Umwelt- und Konsumentenschutz großteils zunichte machen wird. Statt Wählerschelte zu üben, sollte sich das demokratische Partiestablishment aber selbst hinterfragen. Mit der vorzeitigen internen Festlegung auf Clinton wurden andere mögliche Präsidentschaftskandidaten, die weniger Ballast mit sich hätten herumschleppen müssen und vielleicht sogar eine Vision für das Land gehabt hätten, von vornherein abgeschreckt. Sanders, so lässt sich retrospektiv sagen, hätte mit seiner auf Veränderung zielenden Botschaft jedenfalls viele Trump-Wähler, besonders aber mehr junge Wähler und damit vielleicht auch die Präsidentschaftswahl gewonnen.



**Manfred H. Wiegandt**

ist Rechtsanwalt und lebt in Massachusetts/USA. Er ist Verfasser einer Reihe von Beiträgen über US-Politik und -Verfassungsrecht.

[mhw@wiegandt-immigrationlaw.com](mailto:mhw@wiegandt-immigrationlaw.com)

*Thomas Meyer*

## Noch ein Weckruf

Wir haben in letzter Zeit den großen Weckruf mehr als einmal vernommen. Anlässe waren: die europaweite Ausbreitung des Rechtspopulismus bis hinein in die Bastionen der Demokratie wie Skandinavien und Frankreich, seine Machtübernahme in Herzländern der EU wie Ungarn und Polen, sein Emporschnellen zur zweitstärksten Partei in einem deutschen Bundesland, das Herausbrechen eines Stützpfeilers der Union mit dem Brexit – und nun Donald Trump als Führer der stärksten Weltmacht. Jedes Mal warnten Politiker und Medien: ein Weckruf, der umgehend ernst zu nehmen ist, bevor es zu spät sein wird. Bisher haben diese Schreckensmeldungen das Blatt kein bisschen gewendet. Im Gegenteil: Das Übel breitet sich aus und »normalisiert« sich. Was auch immer dieser furchterregenden Blackbox namens Trump in den kommenden Jahren entspringen mag, eines scheint schon jetzt gewiss: Dieser sonderbare Hybrid aus Trash-TV, höhnischer Zivilisationsverachtung und populistischer Revolte gegen die demokratischen Institutionen und ihre Eliten wird auch in Europa alle ermutigen, die sich in seinem Programm wiedererkennen. In den USA war das die Hälfte der Wähler, diesseits des Atlantiks sind es mancherorts sogar noch mehr. Nichts garantiert, dass ihre Zahl – wenn nichts geschieht – in Europa nicht noch weiter wächst. Was aber waren die bisherigen Reaktionen auf die immer dringlicheren Weckrufe? Nichts Nachdrückliches lässt sich da erkennen. Und nun in Deutschland sogar die Aussicht auf noch mehr Angela Merkel, wo diese Mutti-Darstellerin doch wie kaum eine zweite politische Persönlichkeit so gut wie alles verkörpert, was die Frustrierten und Wütenden antreibt (geradezu aufreizend bei der Begründung ihrer erneuten Kandidatur Ende November): die Unerreichbarkeit der etablierten Politik, die Polarisierung der Gesellschaft, die soziale Kälte Europas, in der die Abgehängten

nicht mehr zählen, den provozierenden Mangel an Vision und Orientierung, die Unfähigkeit Gründe für das eigene Tun und Unterlassen öffentlich zu verteidigen («Sie kennen mich ja»).

Am meisten muss uns irritieren und hoffentlich dann auch mobilisieren, dass nicht weniger als ein Viertel der Trump-Wähler zu Protokoll gaben, sie hielten ihren Helden keineswegs für qualifiziert, das Präsidentenamt zu übernehmen. In Mecklenburg-Vorpommern waren es jüngst gar drei Viertel der AfD-Wähler, die nach erfolgter Abstimmung bekannten, nicht das Programm der von ihnen unterstützten Partei habe sie überzeugt, sondern lediglich deren (erhoffte) Fähigkeit, die anderen Parteien zum politischen Kurswechsel zu nötigen. Was für einen Kurswechsel erhoffen sie sich? Für welchen tatsächlichen Neuanfang stehen die rechten Populisten diesseits und jenseits des Atlantiks? Eine gute Frage, auf die diese bislang stets verwertbare Antworten schuldig geblieben sind – sie haben sich immer nur mit entrüstetem Protest und atmosphärischen Richtungsanzeigen begnügt, und weitgehend offen gelassen, wie sie erreichen wollen, was sie versprechen. Nach fast anderthalb Jahren öffentlicher Auseinandersetzung und drei großen Fernsehdebatten rätselt nun alle Welt, was der Wüterich des Wahlkampfes als Staatsmann im Weißen Haus tatsächlich vorhaben könnte. Den ironischen Höhepunkt der vielen Verletzungen der demokratischen Kultur in dieser – in der jüngeren Geschichte beispiellosen – Schlamm Schlacht der Verachtung, Verfeindung und systematischen Lügereien stellt nun die letzte Hoffnung dar, der Kandidat möge doch nun bitte mit einer letzten großen Täuschung alles verächtlich beiseite wischen, was er versprochen hat und einfach wie so viele andere vor ihm pragmatisch drauflos wursteln, einfach nur seine gewohnten »Deals« machen. Diesen Gefallen wird er uns nicht tun. Zu erwarten ist vielmehr, wie die Erinnerung an den in wichtiger Hinsicht ihm so ähnlichen, gleichfalls in seiner Eigenschaft als »erfolgreicher Geschäftsmann« gegen die »unfähigen Politiker« ins Amt gekommenen Silvio Berlusconi ahnen lässt, eine deprimierende Mischung aus täglichem politischen Theater nach Art des Reality-TV, einer neoliberalen Umverteilungspolitik von unten nach oben (Steuern runter), einer folgenschweren ökonomischen Schaupolitik (Zölle rauf, Migranten raus) und einigen glitzernden Prestigebauprojekten mit begrenzter Wirkung. Die Folgen von alledem dürfen dann die Nachfolger ausbaden, wie bei Berlusconi. Was ihn aber bedrohlich unterscheidet, ist die Kamarilla der fundamentalistischen, ultrakonservativen und rassistischen Ideologen, die er in großer Zahl in die wichtigsten Staatsämter hievt. Als Schuldige, wenn seine Versprechen erwartungsgemäß platzen, wird diese Truppe dem enttäuschten Volk im Handumdrehen die Sündenböcke präsentieren, auf die der Zorn abgeleitet werden kann: die stigmatisierten Minderheiten, die politischen Gegner, Mexiko, China – ja, und warum eigentlich nicht auch Europa? Verfeindung als Regierungsstrategie.

Das ist absehbar, aber es scheint nicht zu zählen. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown hat beobachtet, dass populistische Führer auch ihre Wähler unter jenen finden, die ihnen das Regieren gar nicht zutrauen. Sie handeln nach der Devise: »Lasst uns einfach alles in die Luft sprengen, dann sehen wir wo die Teile landen«. Und sie hat recht, wenn sie konstatiert: »Das ist gefährlicher als revolutionäre Gefühle«. Woher kommt diese verzweifelte Wut? Was kann man ihr entgegensetzen? Ge-

meinsam ist den Wählern des Brexits, Trumps, Marine Le Pens oder der AfD vor allem doch eines: die Furcht und Verwirrung angesichts der Folgen einer unbeherrschten Globalisierung; die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verunsicherung, die sie für sie mit sich bringt und der Verlust des Vertrauens, dass die regierenden Eliten sie schützen wollen und können. Ein, zudem noch kräftig geschürtes, Gefühl, »die Politik« habe die Kontrolle über die Lebensumstände der Menschen halb verloren und halb preisgegeben. Stattdessen herrsche die ungezügelte Globalisierung mit all ihren realen, gefühlten oder erwarteten Folgen, vom Arbeitsplatzverlust über den sozialen Abstieg, Einkommensschwund, empörende Ungleichheit und dann auch noch den anscheinend wachsenden Konkurrenzdruck für die Unterschichten durch unregelte Masseneinwanderung. Und die EU wirkt dagegen nicht als Damm, sondern als Schleuse. Es ist ja wahr, diese umfassende Verunsicherung ist teilweise unreal, übersteigert und herbeigeredet – aber sie ist da und sie ist wirksam. Was dagegen hilft? Eine Politik, die wirtschaftliche und soziale Sicherheit schafft und glaubwürdig für sie einsteht. Und eine EU, die das beherzigt. Der neue soziale Gesellschaftsvertrag, den Sigmar Gabriel im Sommer skizzierte, wäre ein guter Aufschlag dazu, ebenso wie eine soziale EU, die Europa wieder aufrichtet, wenn der Wind über dem Atlantik zum Sturm werden sollte.



**Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. Zuletzt erschien in der edition suhrkamp: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

[thomas.meyer@fes.de](mailto:thomas.meyer@fes.de)

*Sigmar Gabriel*

## **Der wertkonservative Avantgardist**

### **Erhard Eppler zum 90. Geburtstag**

Wir feiern eine der großen Ausnahmepersönlichkeiten der Sozialdemokratie: Erhard Eppler, der Vordenker, die zentrale intellektuelle und moralische Instanz der SPD, wird 90 Jahre alt. Ohne ihn und seine richtungsweisenden Impulse für eine friedliche, gerechte und lebenswerte Welt wäre die Geschichte der SPD als stolze Programmpartei in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu erzählen. Aktuell erfährt Erhard Epplers politisches Lebenswerk mehr denn je die Aufmerksamkeit und Würdigung, die es verdient. Es vermittelt Orientierung, Halt und Substanz in einer verunsicherten Zeit.

Das politische Engagement Erhard Epplers erwuchs aus seinem unbedingten Pflichtgefühl, nach der Hitlerdiktatur die noch ungefestigte Demokratie nicht anderen zu überlassen, sondern sie gestaltend mit aufzubauen. Für den pragmatischen Visionär sollten sich Ämter und Mandate über die Jahrzehnte zu einer beeindruckenden Laufbahn zusammenfügen: 1952 gründete er gemeinsam mit Gustav Heinemann die Gesamtdeutsche Volkspartei, um 1956 in die SPD zu wechseln. 1961 wurde Erhard Eppler in den Bundestag gewählt, dem er bis 1976 angehörte. Als langjähriger Bundesminister